

Der Unterausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Stadtrat stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

Der Stadtrat fordert, dass

1. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind und

2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise - auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden soll,

3. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeengt werden dürfen,

4. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Stadtrat geben darf, und schließlich

muss sichergestellt sein, dass Rechtsakte des Stadtrates nicht Gegenstand von Verfahren vor nicht staatlichen Schiedsgerichten werden können.